

Hurzfassung

Ausgeschlossene
einbinden



Weltbericht „Bildung für alle“ 2010

Kurzfassung

Ausgeschlossene einbinden



Deutsche
UNESCO-Kommission e.V.



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Reaching the marginalized
EFA Global Monitoring Report 2010. Summary
Deutsche Kurzfassung

herausgegeben von

Deutsche UNESCO-Kommission e.V. (DUK)
Colmantstr. 15
53115 Bonn

und

Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Referat Bildung, Gesundheit, Bevölkerungspolitik
Adenauerallee 139-141
53113 Bonn

Redaktion
Dr. Barbara Malina (DUK)

Auswahl, Übersetzung und redaktionelle Mitarbeit
Katja Römer (DUK)

Die Fotos sind entnommen aus:
Reaching the marginalized
Education for All Global Monitoring Report 2010
Summary

Weitere Informationen zum EFA Global
Monitoring Report 2010 erhalten Sie über:

The Director
EFA Global Monitoring Report Team
c/o UNESCO
7, place de Fontenoy
75352 Paris 07 SP
Frankreich
Email: efareport@unesco.org
Tel.: +33 1 45 68 10 36
Fax: +33 1 45 68 56 41

Der vollständige Bericht und die englischsprachige
Kurzfassung sind online zugänglich unter:
www.efareport.unesco.org

Der Global Monitoring Report kann online
bestellt werden auf:
www.unesco.org/publishing

Die vorliegende deutsche Kurzfassung ist online
zugänglich unter:
www.unesco.de/efareport.html

Der EFA Global Monitoring Report ist eine von der UNESCO im Namen der internationalen
Gemeinschaft in Auftrag gegebene unabhängige Publikation. Daran mitgewirkt haben das
Redaktionsteam sowie zahlreiche weitere Personen, Organisationen, Institutionen und Regierungen.

Die in dieser Kurzfassung sowie im Bericht selbst enthaltenen Analysen und Politikempfehlungen
entsprechen nicht unbedingt den Ansichten der Herausgeber oder der UNESCO. Die verwendeten
Bezeichnungen und die Präsentation der Inhalte in Kurzfassung und Bericht stellen keinerlei
Meinungsäußerung der Herausgeber oder der UNESCO hinsichtlich des Rechtsstatus eines Landes,
Territoriums, einer Stadt oder eines Gebiets oder deren Behörden oder hinsichtlich von Grenz-
verläufen dar. Die Verantwortung trägt das EFA Global Monitoring Report Team. Die Gesamt-
verantwortung für Ansichten und Meinungen in dem Bericht liegt bei dem Direktor des Teams.

Das EFA Global Monitoring Report Team

Direktor: Kevin Watkins

Team: Samer Al-Samarrai, Nicole Bella, Marc Philip Boua Liebnitz, Mariela Buonomo,
Stuart Cameron, Alison Clayson, Diederick de Jongh, Anna Haas, Julia Heiss,
François Leclercq, Anaïs Loizillon, Leila Loupis, Patrick Montjourides, Karen Moore,
Claudine Mukizwa, Paula Razquin, Pauline Rose, Sophie Schlondorff, Suhad Varin

Bildung in Gefahr: Finanzkrise gefährdet Fortschritte

Auf dem Weltbildungsforum in Dakar, Senegal, im April 2000 hat die internationale Gemeinschaft den Aktionsplan „Bildung für alle“ (Education for All, EFA) verabschiedet. Seine Ziele sollen bis 2015 erreicht werden. Die Ziele 2 und 5 sind auch in die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen eingegangen.

Überblick über die sechs EFA-Ziele

- Ziel 1** Frühkindliche Förderung und Erziehung soll ausgebaut und verbessert werden, insbesondere für benachteiligte Kinder.
- Ziel 2** Bis 2015 sollen alle Kinder – insbesondere Mädchen, Kinder in schwierigen Lebensumständen und Kinder, die zu ethnischen Minderheiten gehören – Zugang zu unentgeltlicher, obligatorischer und qualitativ hochwertiger Grundschulbildung erhalten und diese auch abschließen.
- Ziel 3** Die Lernbedürfnisse von Jugendlichen und Erwachsenen sollen durch Zugang zu Lernangeboten und Training von Basisqualifikationen (*life skills*) abgesichert werden.
- Ziel 4** Die Analphabetenrate unter Erwachsenen, besonders unter Frauen, soll bis 2015 um 50% reduziert werden. Der Zugang von Erwachsenen zu Grund- und Weiterbildung soll gesichert werden.
- Ziel 5** Bis 2005 soll das Geschlechtergefälle in der Primar- und Sekundarbildung überwunden werden. Bis 2015 soll Gleichberechtigung der Geschlechter im gesamten Bildungsbereich erreicht werden, wobei ein Schwerpunkt auf der Verbesserung der Lernchancen für Mädchen liegen muss.
- Ziel 6** Die Qualität von Bildung muss verbessert werden.

Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs)

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat sich im Jahr 2000 auf 8 Millenniums-Ziele verpflichtet, darunter die Bekämpfung von extremer Armut und Hunger, die Reduzierung der Kindersterblichkeit und die Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Müttern.

Millenniums-Entwicklungsziele mit Bildungsbezug

Ziel 2. Grundschulbildung für alle erreichen.
Unterziel 3: Alle Kinder, Jungen wie Mädchen, sollen eine Grundschulausbildung erhalten.

Ziel 3. Die Gleichstellung der Geschlechter und die politische, wirtschaftliche und soziale Beteiligung von Frauen fördern.
Unterziel 4: Die Abschaffung von Geschlechterdisparitäten in Primar- und Sekundarbildung möglichst bis 2005 und spätestens 2015 auf allen Bildungsstufen.

In den letzten zehn Jahren konnten zahlreiche Erfolge erzielt werden, dennoch verlaufen Fortschritte in vielen der ärmsten Länder zu langsam. Da Menschen am Rande des Bildungssystems häufig nicht erreicht werden, können viele ihr Recht auf Bildung noch immer nicht wahrnehmen. Länder müssen stärker inklusive Bildungsansätze als Teil allgemeiner Strategien zum Schutz der sozial Schwächsten und zur Beseitigung von Ungleichheiten entwickeln.

Die weltweite Wirtschaftskrise birgt die große Gefahr, Fortschritte der letzten zehn Jahre stagnieren zu lassen oder gar rückgängig zu machen. Während sich Industrieländer mithilfe von staatlichen Konjunkturpaketen langsam zu erholen scheinen, leiden Entwicklungsländer weiter unter vermindertem Wachstum. Viel Geld wurde in die Stabilisierung des Finanzsystems investiert. Die Gruppe der einkommensschwachen Länder hingegen erhält zusätzlich lediglich circa 2-3 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Dies hat weitreichende Konsequenzen für die Finanzierung von Bildung für alle und die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele. Eine diesbezügliche effektive Antwort seitens der internationalen Gemeinschaft auf die Finanz- und Wirtschaftskrise steht bis heute aus.

Dem wirtschaftlichen Abschwung gingen stark steigende Lebensmittelpreise in den letzten sechs Jahren voran, die mehr und mehr Menschen in Armut und Hunger treiben. So können viele Haushalte weniger in Bildung investieren oder ihren Kindern sogar gar keinen Schulzugang mehr ermöglichen.

Bildung ist in Gefahr und entschiedenes Handeln ist nun gefordert. Zu den dringendsten notwendigen Schritten zählen:

- Eine hochrangige Konferenz zu EFA-Finanzierungsstrategien;
- Kontinuierliche Bereitstellung von prognostizierbaren Mitteln, um finanziellen Einbußen aus den letzten zwei Jahren entgegenzuwirken;
- Ein effektiveres und zeitnahes Monitoring von Regierungsetats für Bildung, Schulanwesenheits- und Abbrecherquoten durch die UNESCO in Zusammenarbeit mit den nationalen Bildungs- und Finanzministerien;
- Flexible Unterstützung durch den Internationalen Währungsfonds im Einklang mit den EFA-Zielen;
- Erhöhung der Unterstützung der ärmsten Länder durch die Internationale Entwicklungshilfeorganisation der Weltbank (International Development Association, IDA), flankiert von erhöhten Geberzusagen;
- Verstärkter Schutz sozial schwacher Haushalte durch monetäre Unterstützung und Ernährungsprogramme.

Zur Schule im ländlichen China: Kinder von Minderheiten haben einen weiten Weg



Die sechs EFA-Ziele – Wo stehen wir?

Die Welt hat grundsätzlich den richtigen Weg in Richtung Bildung für alle eingeschlagen. Viele der ärmsten Länder machen beeindruckende Fortschritte in diversen Bereichen. Doch erfolgen Entwicklungen insgesamt zu langsam, um die in Dakar festgelegten Ziele bis zum Jahr 2015 zu erreichen. Ein dem zugrunde liegendes Problem ist, dass viele Regierungen die am stärksten Marginalisierten nicht einbinden. Werden auch künftig keine Fortschritte in dieser Hinsicht gemacht, wird die internationale Gemeinschaft ihre in Dakar abgegebenen Versprechen nicht halten können.¹

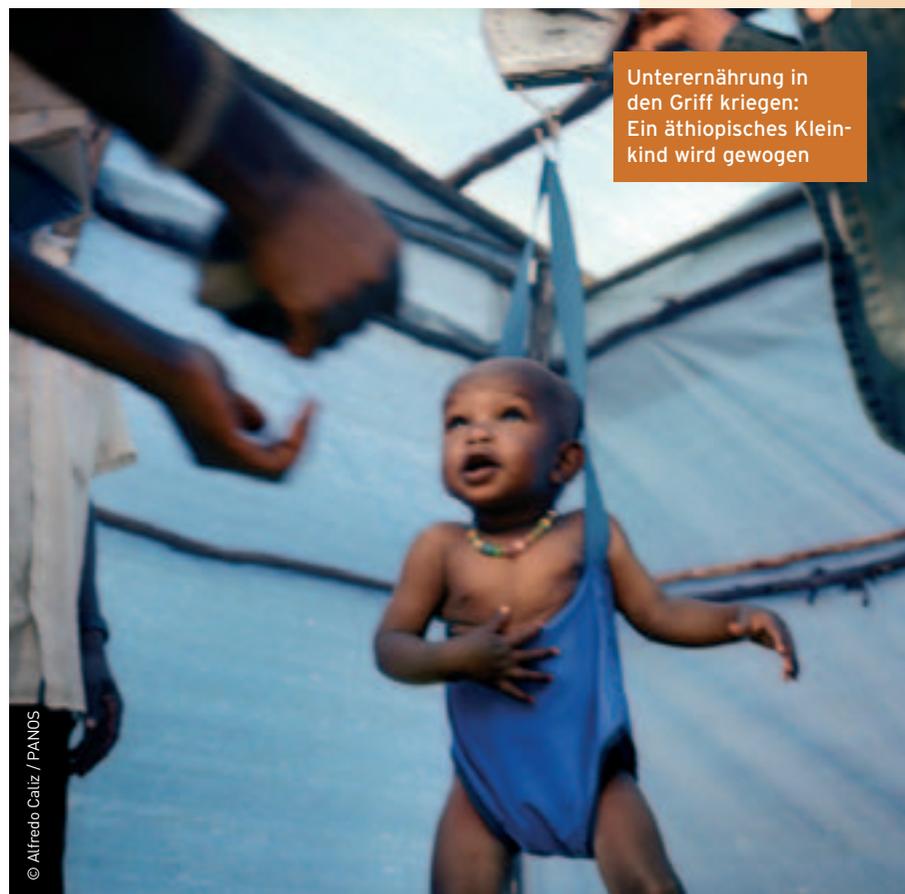
Ziel 1

Frühkindliche Bildung und Erziehung

Effektive frühkindliche Bildung und Erziehung kann Kindern eine Chance bieten, der Armut zu entkommen und Benachteiligung zu überwinden. Doch ungleicher Zugang zu vorschulischer Bildung ist noch immer ein Problem sowohl wohlhabender als auch armer Länder.

Jedes Jahr beginnen Millionen Kinder ihre Schullaufbahn mit Benachteiligungen, die durch Unterernährung, schlechte Gesundheit und Armut bedingt sind. Eines von drei Kindern unter fünf Jahren weltweit – insgesamt 178 Millionen Kinder – leidet an Unterentwicklung. Bildung ist eines der wirksamsten Gegenmittel zu Gesundheitsrisiken von Mutter und Kind. Mütter mit höherem Bildungsstand entscheiden sich eher, später Kinder zu bekommen, diese in größeren Abständen zu gebären und medizinische Versorgung in Anspruch zu nehmen. Die Verbindung von Bildungs- und Gesundheitsagenda ist deshalb zentral.

Die Anzahl der Kinder in vorschulischen Bildungsprogrammen hat seit der Festlegung der EFA-Ziele im Jahr 2000 stetig zugenommen. Etwa 140 Millionen Kinder nahmen 2007 an Programmen der frühkindlichen Bildung



Unterernährung in den Griff kriegen: Ein äthiopisches Kleinkind wird gewogen

© Alfredo Caliz / PANOS

teil, im Vergleich zu 113 Millionen im Jahr 1999, d.h. die Bruttoeinschulungsrate² stieg von 33% auf 41%. Die größten Steigerungen konnten dabei in Subsahara-Afrika und in Süd- und Westasien³ registriert werden, wobei diese Regionen mit einer niedrigen Rate gestartet waren.

Ein Blick auf Länderdaten zeigt jedoch sehr unterschiedliche Entwicklungen innerhalb der einzelnen Regionen. 17 der Länder Subsahara-Afrikas mit vorliegenden Daten haben eine Bruttoeinschulungsrate von weniger als 10%. Obgleich die arabischen Staaten wohlhabender sind, verzeichnen 14 der 19 Länder mit vorliegenden Daten eine Bruttoeinschulungsrate unter 50%. Ägypten und Saudi-Arabien haben zum Beispiel niedrigere Raten als einige weit ärmere Länder wie Nepal und Tansania. Die Einschulungsrate in Subsahara-Afrika hat sich dreimal so gut entwickelt wie jene der arabischen Staaten. Einige Länder der Region, wie Burundi, Liberia und Senegal, konnten ihre Bruttoeinschulungsraten seit 1999 um mehr als 20% steigern.

Etwa 140 Millionen Kinder nehmen an Programmen der frühkindlichen Bildung teil.

¹ Dieses Kapitel basiert auf Daten aus dem Jahr 2007 und damit auf den neuesten verfügbaren Daten. Das EFA-Ziel 5 „Geschlechterparität und Gleichberechtigung“ wird in diesem Weltbildungsbericht als Querschnittsziel im Rahmen der Abschnitte zu den anderen Zielen betrachtet.

² Bruttobeteiligungsraten/Bruttoeinschulungsraten (*gross enrolment ratios*) ergeben sich aus dem Verhältnis aller in einer bestimmten Bildungsstufe eingeschulten Kinder zur Menge der für diese Stufe offiziell vorgesehenen Altersgruppe.

³ Unter Süd- und Westasien werden im Bericht folgende Länder gefasst: Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, Indien, Iran, Malediven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka.

Erfahrungen aus aller Welt zeigen, dass frühkindliche Förderung für alle Kinder wertvoll ist, insbesondere für jene mit benachteiligendem persönlichen Hintergrund. Doch genau diese Kinder, die am meisten von der Förderung profitieren könnten, sind häufig ausgeschlossen. Kinder, die in Armut aufgewachsen oder deren Mütter keine formale Bildung genossen haben, nehmen sehr viel seltener an frühkindlichen Bildungsprogrammen teil als andere. Große Entfernungen zu Bildungseinrichtungen und zu hohe Schulgebühren sind nur einige der Hindernisse, die sich benachteiligten Familien stellen.

Doch auch Industrieländer haben Schwierigkeiten, Chancengleichheit zu erreichen. Studien aus der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten zeigen, dass Familien mit geringem Einkommen und Immigranten weniger Zugang zu qualitativ hochwertiger frühkindlicher Förderung haben.

Ziel 2

Universelle Grundschulbildung

In den letzten zehn Jahren wurden schnelle Fortschritte in Richtung universeller Grundschulbildung verzeichnet.

Einige der weltweit ärmsten Länder haben ihre Einschulungsrate deutlich erhöht, Geschlechterungleichheiten vermindert und Möglichkeiten für benachteiligte Gruppen erweitert. Nichtsdestotrotz besuchen Millionen Kinder auch heute noch keine Schule. Weitere Millionen verlassen die Schule bevor sie die Grundschulbildung abgeschlossen haben. Das Ziel, bis zum Jahr 2015 allen Kindern eine abgeschlossene Grundschulbildung zu ermöglichen, kann noch erreicht werden; dies setzt aber voraus, dass Regierungen in den nächsten zwei Jahren, insbesondere in dem derzeitigen ökonomischen Klima, mutige Entscheidungen treffen.

Ein wichtiger Erfolg seit 1999 ist, dass die Anzahl der Kinder, die keine Schule besuchen, weltweit von 105 Millionen im Jahr 1999 auf 72 Millionen im Jahr 2007 gefallen ist. Allein in Süd- und Westasien ist die Zahl der Kinder ohne Schulzugang um 21 Millionen gesunken und wurde damit halbiert. In Subsahara-Afrika konnte die Einschulungsrate verfünffacht werden und erreicht heute 73%. Einige der ärmsten Länder der Welt haben außergewöhnliche Fortschritte gemacht. Benin zum Beispiel hatte 1999 eine der niedrigsten Einschulungsraten weltweit, könnte aber nach heutigem Stand universelle Grundschulbildung bis 2015 erreichen. Industrie- und Schwellenländer haben diese schon heute fast erreicht.



Mehr und mehr jemenitische Mädchen können heute zur Schule gehen

Doch obgleich sich die Lage stetig verbessert, bleibt die absolute Zahl von 72 Millionen Kindern, die keine Schule besuchen, ein Warnruf an nationale Regierungen und die internationale Gemeinschaft. Auch im Jahr 2015 wird es noch immer 56 Millionen Kinder ohne Schulzugang geben, wenn die Welt in dem bisherigen Tempo voranschreitet.⁴ Geschätzte 44% der Kinder in Entwicklungsländern, die momentan keine Schule besuchen, werden wahrscheinlich nie eine Schulbildung erhalten und damit ihr Leben lang benachteiligt sein. In fast dreißig Entwicklungsländern mit vorliegenden Daten stagnierte oder sank die Einschulungsrate zwischen 1999 und 2007. Viele von ihnen sind Post-Konflikt-Länder wie beispielsweise Liberia oder Palästina.

Mädchen, Kinder aus armen Familien und aus ländlichen Gegenden erhalten deutlich häufiger keine Schulbildung. Geschlechterdisparitäten, Armut und ein Leben in abgelegenen Gebieten sind unter wechselseitigem Einfluss und im Zusammenspiel mit Faktoren wie Sprache, ethnischer Zugehörigkeit sowie körperlicher oder geistiger Behinderung für Barrieren bezüglich Zugang zu und Verbleib in der Schule verantwortlich.

Eine ernsthafte Herausforderung stellt nicht nur die Einschulung, sondern auch der Schulverbleib dar. Für Millionen eingeschulter Kinder verläuft der Weg durch das Bildungssystem schleppend, ist gefährlich und von kurzer Dauer. In der Hälfte der Länder Subsahara-Afrikas und Süd- und Westasiens verlässt fast eines von drei Kindern die Grundschule vor dem Abschluss. Im Jahr 2006 haben 13% der Schüler in Süd- und Westasien und 9% der Schüler in Subsahara-Afrika die Schule sogar vor Ende des ersten Schuljahres abbrechen müssen.

Steigende Einschulungsraten sind einhergegangen mit Fortschritten im Hinblick auf die Geschlechterparität⁵. Der Anteil der Mädchen, die keine Schule besuchen, konnte weltweit von 58% auf 54% gesenkt werden. Zwischen und innerhalb der Weltregionen sind jedoch starke Unterschiede festzustellen. In Ländern, die im Jahr 1999 noch geringe Einschulungsraten verzeichneten, wie Burkina Faso, Äthiopien und Jemen, ist die Geschlechterparität merklich gestiegen. Doch in insgesamt 28 Ländern besuchen noch immer weniger als 90 Mädchen auf 100 Jungen eine Schule. 18 dieser Länder liegen in Subsahara-Afrika. Auch in den arabischen Staaten sowie in Süd- und Westasien bestehen weiterhin auffällige Geschlechterunterschiede. In Afghanistan gehen beispielsweise pro 100 Jungen nur 63 Mädchen zur Schule.

Der Fokus auf Kinder im Grundschulalter hat die Aufmerksamkeit von einem weiter reichenden Problem weggeführt. Viele Kinder im Sekundarschulalter besuchen keine weiterführende Schule, weil sie entweder die Grundschule nicht abgeschlossen oder den Übergang in die Sekundarbildung nicht bewältigt haben. Ein Hauptaugenmerk der EFA-Agenden vieler Länder liegt deshalb nun auf der Schnittstelle zwischen Grund- und Sekundarbildung. Doch ist es wichtig, nicht voreilig Entwicklungshilfe und nationale Prioritäten hin zu weiterführender Bildung zu verschieben während viele Millionen Kinder noch immer keinen Zugang zur Grundschulbildung haben.

Ziel 3

Lernchancen für Jugendliche und Erwachsene

In der heutigen wissensbasierten Weltwirtschaft gewinnt Lernen an Bedeutung für die Gestaltung ökonomischen Wachstums, gemeinsamen Wohlstands und der Armutsreduzierung. Nachdem dieses EFA-Ziel bisher weitgehend vernachlässigt wurde, hat nun die Weltwirtschaftskrise lebenslanges Lernen wieder höher auf der politischen Agenda verankert. Die Jugendarbeitslosigkeit steigt von einem bereits hohen Niveau weiter: Der prognostizierte Prozentsatz für das Jahr 2009 liegt bei 14-15%, im Vergleich zu 12% im Jahr 2008.

Die Teilnahme an der beruflichen Bildung ist parallel zu wachsenden Einschulungsraten in der Sekundarbildung gestiegen. Industriestaaten haben eine universelle Sekundarbildung fast erreicht. Auch die Hochschulbildung verzeichnet dort mit 67% im Jahr 2007 eine höhere Bruttobeteiligungsrate. Ärmere Regionen gehen mit unterschiedlicher Geschwindigkeit voran. Bruttobeteiligungsrate in der Sekundarbildung reichen von 34% in Subsahara-Afrika, über 65% in den arabischen Staaten, bis hin zu 90% in Lateinamerika. Beteiligungsraten in der Hochschulbildung liegen bei lediglich 6% in Subsahara-Afrika, im Vergleich zu 22% in den arabischen Ländern und 35% in Lateinamerika.

In Industrieländern waren im Jahr 2007 etwa 16% der Sekundarschüler in Berufsbildungsprogrammen. In Entwicklungsländern hingegen waren dies nur 9%, am niedrigsten waren die Raten in Subsahara-Afrika mit 6% und in Süd- und Westasien mit 2%. In vielen Entwicklungsländern leidet die Berufsbildung bis heute unter einer Kombination aus Unterfinanzierung, Konzeptionsmängeln, negativen Einstellungen seitens der Eltern und einer schlechten Verknüpfung mit dem Arbeitsmarkt. Schülerinnen sind in der Berufsbildung häufig unterrepräsentiert.

⁴ Diese Zahl kann nicht mit den Schätzungen aus dem EFA Global Monitoring Report 2009 verglichen werden, da dieser sich auf eine kleinere Anzahl von Ländern bezog.

⁵ Geschlechterparität wird über den Geschlechterparitätsindex (GPI) bestimmt. Dieser gibt das Verhältnis von männlichen zu weiblichen Schülern an. Parität gilt als erreicht, wenn auf die Einschulung von 100 Jungen zwischen 97 und 103 Mädchen entfallen.

72 Millionen
Kinder weltweit
besuchen
keine Schule.

Um Marginalisierung effektiv bekämpfen zu können, muss die berufliche Bildung über den Rahmen der Schulen und der formalen Bildung hinaus denken und Kindern ohne Schulbildung eine zweite Bildungschance eröffnen. Der Erfolg von Berufsbildungsprogrammen ist sehr unterschiedlich und wird stark beeinflusst von Faktoren auch außerhalb des Bildungssystems. Erfahrungen zeigen, dass es zentral ist,

- die Verknüpfung zwischen Bildungssystem und Arbeitsmarkt zu stärken,
- in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor nationale Qualifikationssysteme zu entwickeln,
- vergangene Errungenschaften nicht als Garantie für künftige Erfolge zu betrachten und Berufsbildungsprogramme kontinuierlich durch die Regierung an das entsprechende Umfeld anzupassen,
- die berufliche Bildung nicht von der allgemeinen Bildung durch starres Zuteilen in Berufsbildungsprogramme zu trennen, insbesondere nicht in frühem Alter,
- Berufsbildungsprogramme in nationale Kompetenzstrategien zu integrieren, ausgerichtet an den Bedürfnissen von stark wachsenden Branchen.

Ziel 4

Alphabetisierung Erwachsener

Menschen, die die Schule ohne grundlegende Lese-, Schreib- und Rechenkompetenzen verlassen, sind oft ihr Leben lang in sozialer und ökonomischer Hinsicht benachteiligt. Nicht nur das Individuum, sondern auch eine Gesellschaft als Ganze leidet zudem unter vergeblichen Chancen auf eine höhere Produktivität, gemeinsamen Wohlstand und politische Partizipation. Es ist eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, Analphabetismus zu beseitigen. Allerdings sind die Fortschritte in Richtung des vierten EFA-Ziels seit Dakar enttäuschend.

Geschätzte 759 Millionen Erwachsene, etwa 16% der Erwachsenen weltweit, sind Analphabeten. Über die Hälfte lebt in nur vier bevölkerungsreichen Ländern – Bangladesch, China, Indien und Pakistan. Sowohl in Süd- und Westasien als auch in Subsahara-Afrika sind mehr als ein Drittel der Erwachsenen von Analphabetismus betroffen. In Burkina Faso, Guinea, Mali und Niger liegt die Rate bei 70%. Doch auch wohlhabende Länder weisen erhebliche Schwachstellen in punkto Lese- und Schreibkompetenzen auf. In England zum Beispiel liegen die Leistungen von 5% der Bevölkerung zwischen 16 und

Weltweit gibt es circa 759 Millionen erwachsene Analphabeten. Fast zwei Drittel davon sind Frauen.

Abbildung 1: Ein Großteil der erwachsenen Analphabeten lebt in einer kleinen Gruppe von bevölkerungsreichen Ländern



Erwachsene Analphabeten
(15 Jahre und älter) in Millionen

Quelle: Abbildung 2.29 im EFA Global Monitoring Report 2010

65 Jahren unter denen, die von einem 7-jährigen erwartet werden; 15% liegen unter dem Leistungsniveau eines 11-Jährigen.

Obwohl dank verbesserter Schul- und Alphabetisierungsprogramme die Anzahl der erwachsenen Analphabeten mit jeder Schulgeneration zwischen 1985-1994 und 2000-2007 um insgesamt 13% gesunken ist, werden nach derzeitigen Entwicklungen im Jahr 2015 noch immer 710 Millionen Erwachsene, 13% der Erwachsenen weltweit, ohne grundlegende Lese- und Schreibkompetenzen leben. Fast zwei Drittel der Analphabeten weltweit sind Frauen. In Afghanistan konnten im Jahr 2000 87% der Frauen im Vergleich zu 57% der Männer nicht lesen und schreiben.

Der Kampf gegen den Analphabetismus war bisher keine politische Priorität. Finanzielle Verpflichtungen bleiben unzureichend und Bemühungen, Alphabetisierungsstrategien in allgemeine Strategien zur Armutsbekämpfung einzubinden, sind weiterhin wenig ausgeprägt. Auch wenn einige Länder mit hohen Analphabeten-

raten Investitionen erhöht haben, bedarf es mehr Anstrengungen von Regierungen weltweit, um den Analphabetismus erfolgreich zu bekämpfen.

Ziel 6

Bildungsqualität

Entscheidungsträger, Pädagogen und Eltern müssen das Hauptziel von Bildung stärker in den Mittelpunkt rücken: Sicher zu stellen, dass Kinder die für die Gestaltung ihres Lebens notwendigen Kompetenzen erwerben.

Internationale Erhebungen zum Thema Lernen weisen auf zwei anhaltende Herausforderungen hin: weitreichende globale Ungleichheiten im Hinblick auf Lern-erfolge zum einen und niedrige absolute Lernniveaus in vielen armen Ländern zum anderen. Regionale Studien in Subsahara-Afrika, durchgeführt von SACMEQ (Southern

and Eastern Africa Consortium for Monitoring Quality), zeigen, dass in vielen Ländern der Region über die Hälfte der Schüler in Klasse 6 keine grundlegenden Rechenkompetenzen haben. In einer kürzlich durchgeführten Studie im ländlichen Pakistan wird festgestellt, dass lediglich zwei Drittel der Schüler in Klasse 3 einstellige Zahlen subtrahieren können. Im ländlichen Indien konnten nur 28% der Drittklässler zweistellige Zahlen subtrahieren und lediglich ein Drittel die Uhr lesen.

Unterschiedliche Lernerfolge sind in vielen Ländern stark durch den Schultypus und den familiären Hintergrund der Schüler beeinflusst. In Ländern mit gerechteren Bildungssystemen sind Familienhintergründe für den Lernerfolg weniger entscheidend. Während die Chance auf einen Zugang zum Bildungssystem für Mädchen vielfach geringer ist, erbringen Schülerinnen in der Regel gleichwertige oder bessere Leistungen als ihre männlichen Mitschüler, wenn sie erst einmal eine Schule besuchen.

Überfüllt und schlecht ausgestattet: Ein Klassenzimmer in Malawi



Benachteiligung überwinden:
Ein Junge in Freetown, Sierra
Leone, macht Hausaufgaben



© Aubrey Wade / PANOS

Weltweit werden
10,3 Millionen
neue Lehrer
benötigt, um
universelle
Grundschul-
bildung
zu erreichen.

Kinder mit Lese- und Lernschwächen in den ersten Schuljahren haben in der Regel auch in ihrer weiteren Schullaufbahn Schwierigkeiten. Lesetests mit kleineren Testgruppen in einigen einkommensschwachen Ländern zeichnen ein beunruhigendes Bild. Eine Studie zu Äthiopien aus dem Jahr 2008 zeigt beispielsweise, dass 36% der Drittklässler im Wolisobezirk kein einziges Wort in Afan Oromo, der lokalen Sprache, lesen können. Durch die Messung von Lesekompetenzen in der frühen Schullaufbahn können Kinder mit geringen Lernerfolgen identifiziert und unterstützt werden. Erfahrungen aus diversen Ländern zeigen, dass politische Maßnahmen hier Veränderungen bewirken können.

Geringe Lernniveaus stehen häufig im Zusammenhang mit einer schlechten Lernumgebung und geringer effektiv genutzter Lernzeit. Besseres Monitoring, Anreize für Lehrer und gezielte Unterstützung für Schüler mit geringen Anwesenheitszeiten können sowohl Lernzeit als auch Leistungen verbessern.

Lehrer sind weltweit die bedeutendste Ressource für das Lernen. Eine Steigerung der Grundschuleinschulungsrate seit 1999 ist einhergegangen mit einer verstärkten

Einstellung von Grundschullehrern. Viele Länder Subsahara-Afrikas haben ihre Lehrerbelegschaft mehr als verdoppelt und das Schüler-Lehrer-Verhältnis verbessert. Trotz aller Fortschritte über die letzten zehn Jahre bleibt der Mangel von Lehrern aber ein Problem, insbesondere für marginalisierte Gruppen. 26 Länder haben das für die Grundschulbildung allgemein akzeptierte Ziel des Schüler-Lehrer-Verhältnisses von 40:1 im Jahr 2007 nicht erreicht – 22 dieser Länder liegen in Subsahara-Afrika. Das Verhältnis zwischen Schülern und ausgebildeten Lehrern ist zuweilen besonders besorgniserregend, wie beispielsweise in Madagaskar, Mosambik, Sierra Leone und Togo mit einem Verhältnis von 80:1.

10,3 Millionen zusätzliche Lehrer werden bis 2015 weltweit benötigt, um das Ziel der universellen Grundschulbildung erreichen zu können. Davon müssen 8,4 Millionen aus dem Amt scheidende Lehrer ersetzen; 1,9 Millionen neue Lehrerstellen müssen geschaffen werden. Zwei Drittel dieser neuen Stellen werden in Subsahara-Afrika benötigt. Neben der geringen Lehreranzahl sind in vielen Ländern Faktoren wie geringe Arbeitsmoral oder mangelhafte Ausbildung der Lehrer Herausforderungen, die Regierungen und Geberländer ernst nehmen müssen.

Schwerpunkt des diesjährigen Berichts: Ausgeschlossene einbinden

Fast alle Regierungen weltweit unterstützen das Prinzip der Chancengleichheit im Bildungssystem. Sie erkennen an, dass eingeschränkter Zugang zu Bildung Menschenrechte verletzt, soziale Ungleichheiten verstärkt und ökonomisches Wachstum behindert. Mittels des EFA-Aktionsplans von Dakar haben sich Regierungen verpflichtet, die Bedürfnisse der Ärmsten und Ausgeschlossenen zu identifizieren und auf sie einzugehen. Doch diesen Verpflichtungen wurde bisher nicht entsprochen. Strukturelle Ungleichheiten beispielsweise in Bezug auf Wohlstand, Geschlechterparität, Behinderung, Sprache und andere Faktoren hemmen noch immer Fortschritte hin zu Bildung für alle und befördern einen weiteren Prozess der sozialen Ausgrenzung. Alle Regierungen müssen Chancengleichheit in der Bildung als Priorität betrachten.

Messung von Marginalisierung in der Bildung

Die Messung von Marginalisierung in der Bildung ist schwierig, da vorliegende Daten häufig wenig zur Identifizierung ausgegrenzter Gruppen beitragen und Regierungen sich zu wenig um aussagekräftigere Daten bemühen. Der diesjährige Weltbildungsbericht enthält ein vom Redaktionsteam neu entwickeltes Instrument – den Datensatz „Deprivation and Marginalization in Education“ –, das Einsichten in das Ausmaß von Marginalisierung in einzelnen Ländern und in die soziale Zusammensetzung ausgegrenzter Gruppen bereitstellt.

Auf jedweder globalen Skala sind weniger als vier Jahre im Bildungssystem ein Zeichen extremer Benachteiligung. Trotz einiger Erfolge im Laufe der vergangenen Dekade ist ein solcher „absoluter Bildungsmangel“ weltweit gesehen noch immer weit verbreitet. Zur Marginalisierung führende Einflüsse wirken häufig im Zusammenspiel. Faktoren wie Wohlstand und Geschlecht wirken im wechselseitigen Einfluss mit Faktoren wie Sprache, ethnischer Zugehörigkeit, regionaler Herkunft und Stadt-Land-Unterschieden und verstärken so Benachteiligung. Die Analyse über Ländergrenzen hinweg offenbart komplexe Ausgrenzungsmuster. Einige soziale Gruppen sind fast durchgängig marginalisiert, so etwa Viehhalter in Subsahara-Afrika.

Ein neues Instrument zur Messung von Marginalisierung in der Bildung

Der Datensatz „Deprivation and Marginalization in Education“ beinhaltet Daten aus verschiedenen nationalen und Haushaltsumfragen in 80 Entwicklungsländern, von denen fast die Hälfte einkommensschwache Länder sind. Ergebnisse aus 63 größtenteils einkommensschwachen Ländern zeigen Folgendes:

Bildungsarmut

Zu dieser Gruppe zählen junge Erwachsene im Alter zwischen 17-22 Jahren, die weniger als vier Jahre zur Schule gegangen sind. Mit hoher Wahrscheinlichkeit haben sie keine grundlegenden Lese-, Schreib- und Rechenkompetenzen erworben. In 22 Ländern gehören hierzu 30% der Altersgruppe. In elf Ländern Subsahara-Afrikas steigt der Anteil auf 50% oder mehr an.

Extreme Bildungsarmut

Zu dieser Gruppe zählen junge Erwachsene, die weniger als zwei Jahre im Bildungssystem verbracht haben und voraussichtlich ihr Leben lang benachteiligt sein werden, beispielsweise hinsichtlich Gesundheit und Arbeit. In 26 Ländern gehören zu dieser Gruppe 20% oder mehr Personen in der Altersgruppe zwischen 17-22 Jahren. In einigen Ländern wie Burkina Faso und Somalia steigt der Anteil auf 50% oder mehr an.

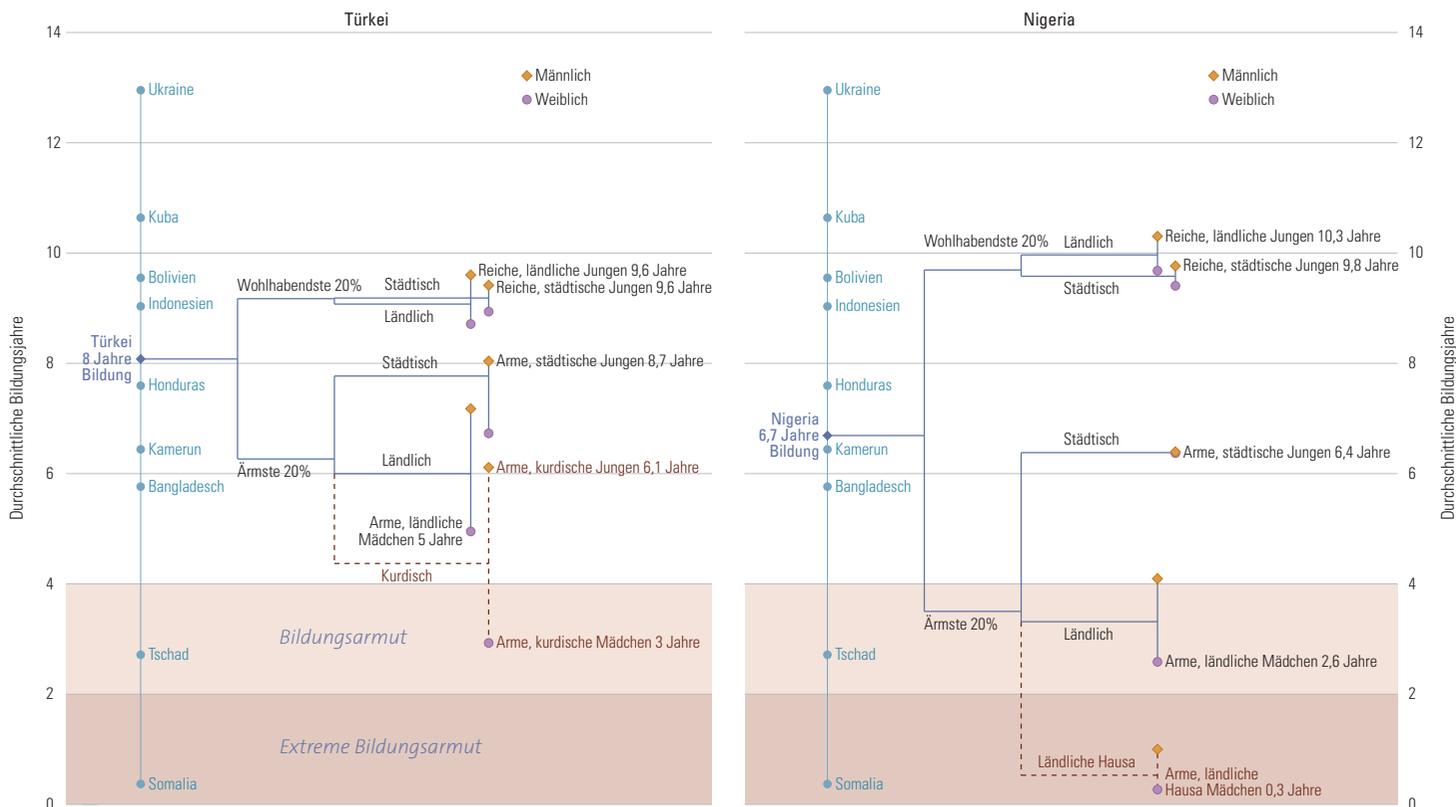
Die Unteren 20%

Zu dieser Gruppe zählen die 20% der zwischen 17-22 Jährigen mit den wenigsten Jahren im Bildungssystem in den jeweiligen Ländern. Sie werden als „Bildungsarme“ beschrieben. Der neu entwickelte Datensatz hilft, diese Gruppe zu identifizieren und zentrale Charakteristika aufzuzeigen.

Der vollständige Datensatz ist einzusehen unter www.efareport.unesco.org

Chancengleichheit in der Bildung muss eine Priorität sein.

Abbildung 2: Ungleichheiten in der Bildung: Marginalisierung in Nigeria und der Türkei



Quelle: Abbildung 3.4 und Abbildung 3.12 im EFA Global Monitoring Report 2010

Bei einem Blick auf die aus dem neuen Datensatz resultierenden zentralen Charakteristika der am stärksten Vernachlässigten im Bildungssystem wird deutlich, dass soziale Umstände, die von den Kindern nicht bestimmt werden können, entscheidenden Einfluss auf ihre Chancen im Leben haben. Kinder, die in ein armes Elternhaus beispielsweise in Indien, den Philippinen oder Vietnam hineingeboren werden, sind einer doppelt so großen Gefahr ausgesetzt, sich unter den *Unteren 20%* im Bildungssystem wiederzufinden. Die regionale Herkunft kann ebenso entscheidend sein – ein Leben in Regionen wie beispielsweise dem ländlichen Nordägypten, Nordkamerun oder dem Osten der Türkei beeinflusst aufgrund weiter Schulwege signifikant das Risiko, zu den *Unteren 20%* zu gehören.

Marginalisierung im Bildungssystem ist eine Herausforderung für alle Länder. Während absolute Lernniveaus in Industrieländern höher als in Entwicklungsländern sind, ist extremer relativer Bildungsmangel auch in Industrieländern ein weit verbreitetes Problem. Trotz der unterschiedlichen Ausprägung von Marginalisierung in Industrie- und Entwicklungsländern gibt es zwei wichtige Gemeinsamkeiten. Erstens sind dies sehr unterschiedliche Voraussetzungen der einzuschulenden Kinder. Sie führen

dazu, dass bestimmte Gruppen von Anfang an stärker Gefahr laufen, in der Schule zu scheitern. Zweitens perpetuieren und verstärken die Bildungssysteme häufig soziale Benachteiligung.

Erfahrungen aus den USA unterstreichen den starken Einfluss von Vermögen und ethnischer Herkunft auf Bildungschancen. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Afroamerikaner keine Schule besucht, ist doppelt so hoch wie bei einem weißen Amerikaner. Auch ist die Wahrscheinlichkeit, dass junge Erwachsene aus armen Haushalten keine Schule besuchen, dreimal so hoch wie die bei jungen Erwachsenen aus wohlhabenden Haushalten.

Vom Bildungssystem vernachlässigt

Armut ist einer der schwerwiegendsten Gründe für Benachteiligung in der Bildung. Weltweit leben 1,4 Milliarden Menschen mit weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag. Kosten für die Schulbildung konkurrieren mit Ausgaben für grundlegende Bedürfnisse wie Gesundheitsversorgung und Lebensmittel. Mangelnde finanzielle Mittel seitens der Eltern sind ein Hauptgrund für fehlende Schulbildung. Häufig sind Mädchen zuerst betroffen. Mit Dürren einhergehender Einkommensverlust hat

beispielsweise dazu geführt, dass in Uganda und Pakistan weitaus mehr Mädchen die Schule verlassen mussten als Jungen. Kinderarbeit ist eine weitere Folge von Armut, die der Bildung schadet. Nach jüngsten Schätzungen arbeiten weltweit etwa 116 Millionen Kinder im Alter zwischen 5 und 14 Jahren. Geschlechterdifferenzen im Bildungssystem resultieren häufig aus dem Arbeitseinsatz von Mädchen im Haushalt.

In vielen Ländern beginnen Kinder mit Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder sprachlichen Minderheit, einem indigenen Volk oder einer niedrigen Kaste ihre Schullaufbahn mit geringeren Erfolgchancen, verlassen die Schule nach weniger Jahren und mit schlechteren Leistungen. Stigmatisierung ist ein bedeutender Grund für Ausgrenzung. Kastensysteme in Südasien beispielsweise benachteiligen viele Kinder. Eine Studie hat belegt, dass Kinder aus Familien niedriger Kasten in Indien, deren Zugehörigkeit öffentlich bekannt gemacht wurde, schlechter in der Schule abschnitten als solche, deren Zugehörigkeit öffentlich nicht bekannt war.

Auch fehlender Unterricht in der Muttersprache ist für viele – von den Ureinwohnern Australiens bis hin zu den Bergvölkern Kambodschas – Teil eines weiterreichenden Prozesses der kulturellen Benachteiligung und der sozialen Diskriminierung. Menschen, die nicht die offizielle Landessprache sprechen, sind im Bildungssystem und darüber hinaus häufig von Marginalisierung betroffen. Circa 221 Millionen Kinder sprechen zu Hause eine andere Sprache als in der Schule.

Geschätzte 150 Millionen Kinder weltweit leben mit einer Behinderung, circa vier Fünftel von ihnen in Entwicklungsländern. Die Nettoeinschulungsrate⁶ in Bulgarien und Rumänien für Kinder zwischen 7-15 Jahren lag 2002 beispielsweise bei über 90%, für Kinder mit Behinderungen bei lediglich 58%. Neben den unmittelbaren gesundheitsbezogenen physischen oder mentalen Beeinträchtigungen führt auch Stigmatisierung häufig zur Ausgrenzung aus der Gesellschaft und der Schule. Dies gilt ebenfalls für die im Jahr 2007 geschätzten 33 Millionen mit HIV/AIDS infizierten Menschen, unter ihnen 2 Millionen Kinder unter 15 Jahren. HIV/AIDS ist lebensbedrohlich, hält Kinder von der Schule fern und gefährdet ihren Lernprozess.

Kinder, die in Slums, ländlichen und abgelegenen Gegenden oder von Konflikten betroffenen Regionen leben, so auch Flüchtlinge, zählen in der Regel zu den Ärmsten und Verwundbarsten. Gerade sie könnten von Bildung am meisten profitieren, haben dazu aber den schlechtesten Zugang.

Gleiche Bedingungen schaffen

Dieser Bericht identifiziert drei weitreichende Handlungsfelder – das „inklusive Bildungsdreieck“ – die für die Bekämpfung von Ausgrenzung zentral sind: Zugang zu und Bezahlbarkeit von Bildung, das Lernumfeld sowie Rechte und Möglichkeiten im Bildungskontext.

Zugang zu und Bezahlbarkeit von Bildung

In den meisten Ländern, in denen die Erreichung des Ziels der universellen Grundschulbildung in Gefahr ist, heißt Verbesserung der Bildungschancen häufig Verminderung von Kostenbarrieren und Schulansiedelung in der Nähe von marginalisierten Kindern. Die Abschaffung

Stigmatisierung ist ein bedeutender Grund für Marginalisierung.



© Ami Vitale / PANOS

Doppelt benachteiligt: Mädchen niedriger Kasten in Indien sind mit großen Hindernissen konfrontiert

⁶ Nettobeteiligungsraten/Nettoeinschulungsraten (*net enrolment ratios*) ergeben sich aus dem Verhältnis aller in einer bestimmten Bildungsstufe eingeschulter Kinder zur Zahl der Kinder in der für diese Stufe offiziell vorgesehenen Altersgruppe.

Auf Achse: Viehhalter
brauchen flexible
Bildungsansätze



© Giacomo Pirozzi / PANOS

von Schulgebühren, die Senkung indirekter Bildungskosten beispielsweise für Bücher und Schuluniform und die Bereitstellung von Stipendien für Marginalisierte sind Mittel, um mehr Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen. Die physische Distanz zwischen Kind und Klassenzimmer sowie der Mangel an Klassenräumen bleiben zentrale Hindernisse für die Erreichung von Bildung für alle. In armen Ländern Subsahara-Afrikas fehlen geschätzte 1,7 Millionen Klassenzimmer. Um die EFA-Ziele erreichen zu können, muss die Anzahl der Lehrräume hier verdoppelt werden.

Jugendlichen und jungen Erwachsenen den Weg zurück in das Bildungssystem zu ermöglichen, ist eine zentrale Strategie, um ihnen aus der Armut zu helfen. Viele der Programme, die beispielsweise Nomaden und Straßenkindern in Bangladesch oder Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Regionen in Ghana eine zweite Chance ermöglichen, werden von Nichtregierungsorganisationen durchgeführt. Regierungen müssen Partnerschaften mit Nichtregierungsorganisationen aufbauen,

um langfristige finanzielle Unterstützung und das Monitoring der bereitgestellten Bildungsqualität zu sichern.

Das Lernumfeld

Ausgrenzte Kinder in die Schule zu bringen ist ein erster Schritt. Sicherzustellen, dass diese qualitativ hochwertige Bildung erhalten, ist eine weitere große Herausforderung für die politisch Handelnden. Um Ausgrenzung bekämpfen zu können, muss sichergestellt werden, dass Lehrer dafür ausgebildet und ausgestattet sind, hochwertige Bildung anzubieten und auf benachteiligte Kinder einzugehen. Die Anstellung von Lehrern, die selber aus marginalisierten Gruppen stammen, kann Vorbilder schaffen, Diskriminierung bekämpfen und sicherstellen, dass Kinder in ihrer eigenen Sprache lernen können. Interkultureller und bilingualer Unterricht ist zentral, um Kinder aus ethnischen und sprachlichen Minderheiten zu erreichen. Viele Beispiele aus Subsahara-Afrika zeigen, dass das Lehren in der Muttersprache des Kindes zu Lernerfolgen führt.

Rechte und Möglichkeiten im Bildungskontext

Perspektiven für mehr Chancengleichheit in der Bildung werden auch von Einflüssen außerhalb der Schule wie sozialen und ökonomischen Strukturen geprägt, die Marginalisierung häufig befördern. Gesetzliche Vorschriften können bei der Überwindung von Diskriminierung eine Rolle spielen. Internationale Übereinkommen und Menschenrechtsinstrumente setzen Normen und bilden den institutionellen Rahmen, um bürgerliche, politische, soziale und ökonomische Rechte voranzubringen. Nationale Verfassungen und Gesetze übersetzen diese Normen in das nationale Rechtssystem. In einigen Fällen konnte der Einsatz von Rechtsinstrumenten positive Veränderungen bewirken.

Ein soziales Sicherungssystem für Haushalte ist zentral, um die mit der Armut einhergehende Verwundbarkeit zu lindern. Sozialleistungen reichen von direkter finanzieller Unterstützung über Auffangnetze für Arbeitslose bis hin zu Maßnahmen, die die Nahrungsmittelsicherheit fördern. Programme zu sozialem Schutz in Lateinamerika konnten beispielsweise deutliche Erfolge bezüglich der Verbesserung von Schulanwesenheitszeiten und Schulbesuchsverlauf verzeichnen.

Um die am stärksten Marginalisierten zu erreichen, bedarf es in der Regel höherer Investitionen als bei der Durchführung von Programmen in wohlhabenderen Gegenden. Die Rolle der Zentralregierung ist für die Verteilung von Geldern an die bedürftigsten Gegenden und Bevölkerungsgruppen entscheidend.



© REUTERS / Zohra Bensemra

Erwachsenenbildung
im Libanon: Bildung
stärkt Menschen
jeden Alters

Finanzierung von „Bildung für alle“ – hinter den Zusagen zurückgeblieben

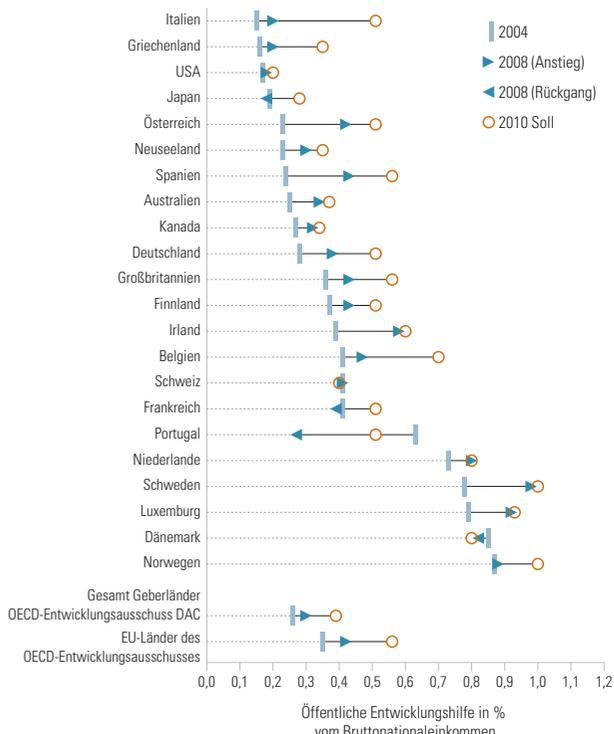
Internationale Entwicklungshilfe ist zentraler Bestandteil von Bildung für alle. Im Jahr 2000 haben die Industrieländer versprochen, dass kein Land, welches sich den EFA-Zielen verpflichtet hat, daran aufgrund fehlender Finanzmittel scheitern würde. Die globale Rezession hat die Bedeutung dieses Versprechens noch einmal verstärkt. Geringere Wachstumsraten und steigender Druck auf öffentliche Haushalte gefährden die über das letzte Jahrzehnt hart erarbeiteten Erfolge. Sich dieser Gefahr entgegenzustellen, bedeutet nicht nur die Entwicklungshilfe zu erhöhen, sondern auch ihre Qualität zu verbessern.

Die Höhe der internationalen Entwicklungshilfe für Bildung ist stark vom Gesamtbudget der Entwicklungshilfe abhängig. Die gute Nachricht ist, dass die gesamte Entwicklungshilfe im Jahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr um 10% auf 101 Milliarden US-Dollar stark gestiegen ist (Zahlen in Preisen von 2004). Der Anteil der Entwick-

lungshilfe am Bruttonationaleinkommen reicher Länder ist auf 0,3% angestiegen. Nichtsdestotrotz werden die Geber ihr 2005 abgegebenes Versprechen, die Entwicklungshilfe insgesamt auf 130 Milliarden US-Dollar bis 2010 zu steigern, nach gegenwärtigen Trends nicht erfüllen. Nach derzeitigen Entwicklungen könnte 2010 zwischen den angestrebten Entwicklungshilfeausgaben und den realen Ausgaben ein weltweiter Fehlbetrag von circa 20 Milliarden US-Dollar entstehen, davon 18 Milliarden US-Dollar für Afrika.

Die Geberländer kommen ihren mit internationalen Zielen verbundenen Verpflichtungen mit unterschiedlicher Entschlossenheit nach. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben sich verständigt, bis zum Jahr 2010 0,56% ihres Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe aufzuwenden und 0,7% bis 2015. Während Deutschland und Spanien ihren Prozentsatz deutlich gesteigert haben, sind in anderen Ländern lediglich marginale Erhöhungen (Italien) oder gar keine (USA) zu verzeichnen. Andere sind gar zurückgefallen (Japan). Die Niederlande, Dänemark, Norwegen und Luxemburg hingegen haben das 0,7% Ziel der Vereinten Nationen übertroffen; Schweden investiert fast 1% in Entwicklungshilfe.

Abbildung 3: Fast alle Geber sind für das Jahr 2010 hinter ihren Zusagen zurückgeblieben



Quelle: Abbildung 4.2 im EFA Global Monitoring Report 2010

Neueste Trends

Die Entwicklungshilfeausgaben wurden sowohl für die Bildung insgesamt als auch für die Grundbildung stetig erhöht. Die der Bildung zugewiesene Entwicklungshilfe stieg im Jahr 2007 auf 10,8 Milliarden US-Dollar, also auf mehr als das Doppelte im Vergleich zum Jahr 2002. Die Entwicklungshilfe für die Grundbildung ist von 2,1 Milliarden US-Dollar im Jahr 2002 auf 4,1 Milliarden US-Dollar im Jahr 2007 langsamer angestiegen. Der Anstieg der Entwicklungshilfe für Bildung ist durch eine generell wachsende Entwicklungshilfe und nicht durch eine veränderte Prioritätensetzung begründet: In 2006 und 2007 waren 12% der Entwicklungshilfeverpflichtungen der Bildung gewidmet, auf diesem Niveau bewegten sich die Verpflichtungen bereits in den Jahren 1999 und 2000.

Entwicklungshilfe für Bildung wird von einer lediglich kleinen Gebergruppe geleistet. Die fünf größten Geber unter ihnen – Frankreich, Deutschland, die Internationale Entwicklungshilfeorganisation (International Development

Association, IDA), die Niederlande und Großbritannien – bringen fast 60% der Entwicklungshilfe für Bildung auf. Relativ kleine Schwankungen bei den Zusagen eines oder zweier zentraler Geber können daher in recht großen Veränderungen in der gesamten Bildungsförderung resultieren.

Ein weiteres Problem stellt die Aufteilung der Entwicklungshilfe auf verschiedene Bildungsbereiche dar. Im Jahr 2000 haben die Geber zugesagt, der Grundbildung eine höhere Priorität zuzusprechen, doch dieses Versprechen hat sich nicht in entsprechend wahrnehmbaren Veränderungen niedergeschlagen. Im Zeitraum 2006–2007 machte Grundbildung circa zwei Fünftel der Entwicklungshilfe für Bildung insgesamt aus – in etwa genauso viel wie im Jahr 2000. Länder mit geringem Einkommen erhalten weiterhin lediglich weniger als die Hälfte aller Entwicklungshilfe für Bildung und im Durchschnitt fast 60% der Gelder für Grundbildung. Die Geber unterscheiden sich beträchtlich, wenn es um ihre Verpflichtungen für verschiedene Bildungsstufen geht. Zwei der größten Geber – die Niederlande und die USA – wenden über 60% ihrer Hilfe für Grundbildung auf. Drei weitere – Frankreich, Deutschland und Japan – setzen über 55% für weiterführende Bildung ein. In Deutschland und Frankreich besteht ein großer Teil der Gesamtsumme für Bildungsentwicklungshilfe aus berechneten Kosten im Inland für Studienplätze von Studierenden aus Entwicklungsländern, die als Entwicklungshilfe für die Herkunftsländer der Studierenden gezählt werden. Andere Geber wie zum Beispiel Spanien stellen ihre Gelder zunehmend für Grundbildung zur Verfügung.

Abbildung 4: Nach einem Anstieg zu Beginn des Jahrzehnts stagnieren Geberzusagen für die Grundbildung nun



Quelle: Abbildung 4.7 im EFA Global Monitoring Report 2010

Neue wichtige Quellen der Entwicklungshilfe sind beispielsweise China, Südkorea und Saudi-Arabien oder der Privatsektor. Innovative Finanzierungsmechanismen, die in anderen Sektoren bereits eingesetzt werden, müssten noch besser zur Überwindung der Finanzierungslücke genutzt werden.

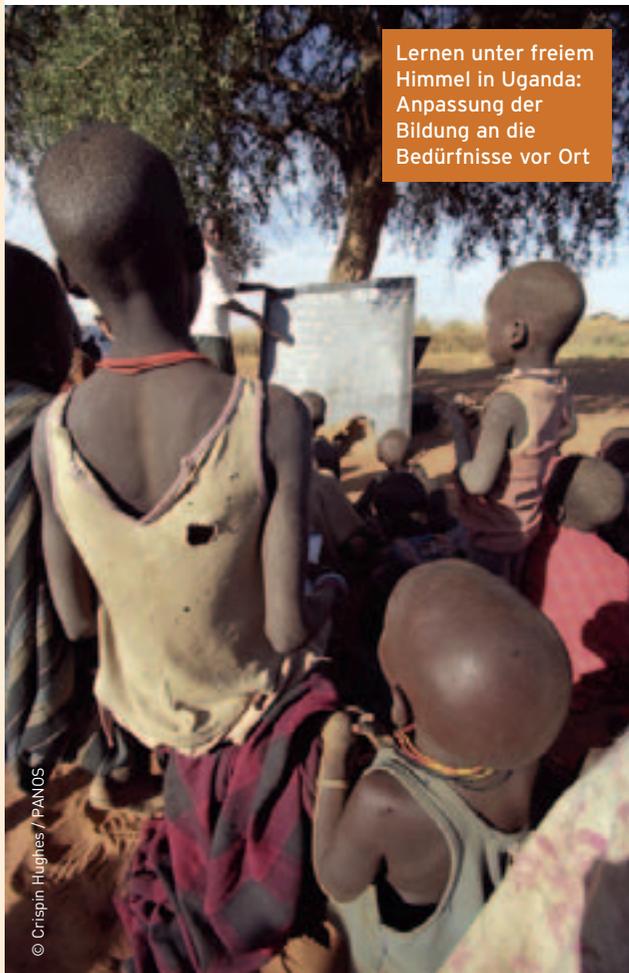
Entwicklungshilfe effektiver gestalten

Die Qualität von Entwicklungshilfe ist zwar schwieriger zu messen als die Quantität, doch nicht weniger bedeutend. Die 2005er Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit war ein Versuch von Geber- und Empfängerländern, Wege zu finden, Entwicklungshilfe effektiver zu gestalten. Doch die bisherige Bilanz zur Erreichung der darin enthaltenen Ziele ist sehr gemischt. In den nächsten Jahren müssen die Anstrengungen intensiviert werden.

Die Finanzierungslücke bei „Bildung für alle“

Um die EFA-Ziele in einkommensschwachen Ländern erreichen zu können, bedarf es wesentlicher Aufstockungen der finanziellen Ressourcen. Arme Länder müssen auch selber deutlich mehr investieren, um Ressourcen für die Bildung zu mobilisieren. Aber Bemühungen, Fortschritte bei der Grundbildung zu beschleunigen, werden ohne deutlich höhere Entwicklungshilfe erfolglos sein. Folgende Berechnungen für 46 einkommensschwache Länder enthalten Schätzungen für ausgebaute frühkindliche Bildung, Grundschulbildung und Erwachsenenalphabetisierung. Im Gegensatz zu früheren weltweiten Kostenberechnungen enthalten diese auch Kosten, um die am stärksten Marginalisierten zu erreichen.

- Einkommensschwache Entwicklungsländer könnten zusätzliche 7 Milliarden US-Dollar pro Jahr – oder 0,7% ihres Bruttoinlandsprodukts – durch Mobilisierung weiterer nationaler Ressourcen und Sicherstellung einer gerechteren Verwendung zur Verfügung stellen.
 - Selbst bei stärkeren Bemühungen, nationale Ressourcen aufzubringen, bleibt eine weltweite Finanzierungslücke für Bildung für alle von jährlich circa 16 Milliarden US-Dollar – 1,5% des Bruttoinlandsprodukts der betroffenen Länder. Subsahara-Afrika macht mit 11 Milliarden US-Dollar circa zwei Drittel der Finanzlücke aus.
 - Die Kosten für besondere Maßnahmen zur Einbindung marginalisierter Gruppen in die Grundschulbildung belaufen sich auf 3,7 Milliarden US-Dollar.
 - Die derzeitige Entwicklungshilfe für Grundbildung in den 46 einkommensschwachen Ländern – circa 2,7 Milliarden US-Dollar – müsste sich auf das Sechsfache erhöhen, um die Finanzlücke von jährlich 16 Milliarden US-Dollar zu stopfen.
- 2010 sollte eine Soforthilfe-Geberkonferenz einberufen werden, um die zusätzlich notwendigen Gelder für die Erfüllung der Dakar-Verpflichtungen aufzubringen.



Lernen unter freiem Himmel in Uganda: Anpassung der Bildung an die Bedürfnisse vor Ort

© Crispin Hughes / PANOS

Die Fast Track Initiative muss reformiert werden.

Ohne berechenbare und pünktliche Entwicklungshilfe können Empfängerländer nur schwer mittelfristige Finanzierungspläne aufstellen und ihnen entsprechen. Im Jahr 2007 trafen lediglich 63% der Gelder rechtzeitig ein. In einigen Ländern lag diese Rate weit niedriger. Probleme mit der Berechenbarkeit von Entwicklungshilfe liegen jedoch nicht allein in der Verantwortung der Geber. In vielen Fällen bestehen Schwierigkeiten auf beiden Seiten – schlechte Planung seitens der Empfängerländer und fehlende mehrjährige Zusagen der Geberländer. Die Geber haben sich das ambitionierte Ziel gesetzt, bis 2010 80% aller Entwicklungshilfegelder durch die nationalen Haushalte der Empfängerländer zu leiten. Doch im Jahr 2007 traf dies auf lediglich 43% der Gelder zu, zum einen aufgrund schwacher Verwaltungssysteme auf Empfängerseite, zum anderen aufgrund schleppender Erhöhung dieses Anteils durch die Geberseite.

Bessere Entwicklungshilfekoordination bedeutet auch, dass Geber zusammenarbeiten, um ihre Aktivitäten nach den Plänen der Empfängerländer auszurichten. Ein Indikator dafür ist der Anteil der programm-basierten Hilfe. Zwischen 2005-2006 lag dieser bei 54% der gesamten Gelder für Grundbildung, im Vergleich zu 31% zwischen 1999-2000.

Entwicklungshilfe für Länder, die von Konflikten betroffen sind

Die Entwicklungshilfe für Länder, die von Konflikten betroffen sind, steigt zwar, liegt jedoch noch immer hinter den benötigten Mitteln zurück. In 20 der betroffenen Länder leben ein Drittel der Kinder ohne Schulzugang weltweit. Zwischen 2006-2007 gingen dennoch weniger als ein Fünftel der gesamten Bildungsentwicklungshilfe und ein Viertel der Entwicklungshilfe für Grundbildung an diese Länder. Von der Hälfte der letztgenannten Summe profitierten lediglich drei Länder – Afghanistan, Äthiopien und Pakistan.

Schätzungen zufolge wurden im Jahr 2008 lediglich 2% der humanitären Hilfe, 237 Millionen US-Dollar, in Bildung investiert. Mehr und mehr Geberländer sehen die Bedeutung langfristigen sozialen und ökonomischen Wiederaufbaus in Konflikt- und Postkonfliktsituationen. Doch die Entwicklung in Richtung eines ganzheitlichen Ansatzes, welcher die kurzfristige humanitäre Hilfe mit der langfristigen Entwicklungshilfe verbindet, verläuft nur schleppend.

Eine Reform der Fast Track Initiative

Um die Ziele von Dakar bis zum Jahr 2015 zu erreichen, muss die Welt einen effektiven globalen Finanzierungsmechanismus einsetzen, der die Bereitstellung notwendiger Ressourcen für die Entwicklung von Bildungssystemen ermöglicht. Bei der Entstehung der Fast Track Initiative (FTI)⁷ im Jahr 2002 wurde diese von vielen als Katalysator für den EFA-Prozess betrachtet. Sie sollte die nationale Bildungsplanung stärken, sowie zu mehr Geberkoordination und erhöhter bilateraler Entwicklungshilfe führen. Doch die Fast Track Initiative ist weit hinter dem Erhofften zurückgeblieben. Eine grundlegende Reform ist deshalb notwendig.

Die Steuerungsstruktur der Fast Track Initiative involviert zahlreiche Akteure und impliziert komplexe Prozesse. Auch wenn bereits Bemühungen unternommen wurden, diese zu reformieren, stellen sich noch immer vier Probleme:

- Dominanz der Geber und Mangel an unabhängigen Gutachtern, weil das Sekretariat an Weltbank-prozeduren gebunden ist;
- Fehlende Mitsprache in Entscheidungsprozessen seitens der Entwicklungsländer;

⁷ Die Fast Track Initiative ist ein Koordinierungsinstrument, das 2002 als globale Partnerschaft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern geschaffen wurde. Entwicklungsländer, die Grundbildung zur Priorität erklärt haben, erhalten über die FTI koordinierte finanzielle und technische Unterstützung für die Umsetzung längerfristiger Bildungspläne.

- Viele Entscheidungsebenen zwischen lokalen Gebergruppen und der Weltbank, die zuweilen widersprüchlich oder inkonsistent sind;
- Schwache Führung der Initiative aufgrund mangelnder hochrangiger politischer Unterstützung in zentralen Organisationen und in Geberländern.

Es sieht bisher nicht so aus, als hätte die Fast Track Initiative wirklich zu erhöhter bilateraler Unterstützung von Gebern in einzelnen Ländern geführt. Auch der im Jahr 2003 als direkter Finanzierungsmechanismus gegründete Catalytic Fund weist bisher nur enttäuschende Ergebnisse vor. Wenige Ressourcen wurden mobilisiert, schleppende Auszahlungsraten verzeichnet und lediglich eine kleine Gebergruppe konnte gewonnen werden. Von den in den Catalytic Fund eingezahlten 1,2 Milliarden US-Dollar wurden bis März 2009 lediglich 491 Millionen US-Dollar ausgeschüttet, die Hälfte davon an nur drei Länder – Kenia, Madagaskar und Ruanda. Von Konflikten betroffene Länder haben von FTI aufgrund langsamer Auszahlungsmechanismen nur wenig profitieren können, selbst wenn sie den Bewerbungsprozess erfolgreich absolviert hatten.

Eine reformierte Fast Track Initiative könnte dem Fortschritt hin zu den Dakarzielen neuen Schwung verleihen. Eine Reform ist jedoch nur mit hochrangiger politischer Unterstützung und einer deutlich verbesserten

Zusammenarbeit zwischen Regierungen in Entwicklungsländern, Gebern und der Zivilgesellschaft möglich. Beispiele für effiziente Fonds können im Gesundheitswesen gefunden werden, so der Globale Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria sowie die Globale Allianz für Impfstoffe und Immunisierung.

Der vorliegende Bericht schlägt folgende Wege zur Verbesserung der Wirksamkeit multilateraler Hilfe für Bildung vor:

- Etablierung der Fast Track Initiative als unabhängige Stiftung außerhalb der Weltbank mit einem starken unabhängigen Sekretariat und Errichtung von Strukturen, die Entwicklungsländer und die Zivilgesellschaft verstärkt einbinden;
- Umstrukturierung von Planungs- und weiteren Prozessen mittels größerer Transparenz und der Einschränkung des Gebereinflusses bei finanziellen Entscheidungen;
- Schaffung einer sicheren und prognostizierbaren finanziellen Basis durch regelmäßige Geberkonferenzen;
- Berücksichtigung der speziellen Bedürfnisse von Ländern, die von Konflikten betroffen sind, durch die Unterstützung kurzfristiger Wiederaufbaumaßnahmen und langfristiger Planungsziele.



Fenster der Hoffnung:
Slumkinder in und
außerhalb der Schule
in Bangladesch

Sich der EFA-Herausforderung stellen: Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Mit nur noch fünf verbleibenden Jahren bis zum Zieldatum der EFA-Ziele im Jahr 2015 steht die internationale Gemeinschaft an einer entscheidenden Weggabelung. Viele der ärmsten Länder sind auch heute noch weit entfernt vom Erreichen der Dakar-Ziele. Da ihre Aussichten, sich von der globalen Wirtschaftskrise zu erholen, ungewiss sind, könnten diese Länder künftig sogar noch weiter ins Abseits gedrängt werden. Bisherige positive Entwicklungen sind ernsthaft in Gefahr, ins Stocken zu geraten. In einigen Ländern könnten die hart erarbeiteten Fortschritte gar verloren gehen. Regierungen, Geber und die internationale Gemeinschaft müssen größeres politisches Engagement zeigen, um die Dakar-Ziele noch zu erreichen. Der Gipfel zu den Millenniumszielen im Jahr 2010 bietet dazu eine Chance.

Mit Blick auf das Jahr 2015 ist es von zentraler Bedeutung, dass Regierungen das Thema Marginalisierung

ins Zentrum der Agenda „Bildung für alle“ stellen. Die EFA-Ziele können in vielen Ländern nur erreicht werden, wenn Regierungen ihre Aufmerksamkeit und ihre Ressourcen denjenigen zuwenden, die aufgrund von Armut, Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, Sprache und anderen Einflüssen benachteiligt sind. Dieser Bericht hat bestehende Probleme beleuchtet und Lehren im politischen Bereich identifiziert. Ein Zehn-Punkte-Plan für die Überwindung von Marginalisierung geht daraus hervor:

1. Festlegung von nationalen Zielmarken zur Schaffung von Chancengleichheit im Rahmen aller EFA-Ziele;
2. Entwicklung von Datensammlungssystemen mit Fokus auf disaggregierten statistischen Daten, um marginalisierte Gruppen zu identifizieren und Fortschritte zu beobachten;
3. Identifikation der zentralen Einflussfaktoren auf Marginalisierung spezifischer Gruppen;
4. Einführung eines ganzheitlichen politischen Ansatzes, der die miteinander verbundenen Benachteiligungen innerhalb und außerhalb des Bildungssystems adressiert;
5. Verstärkte Mobilisierung von Ressourcen und gerechtere Verteilung öffentlicher Mittel;
6. Einhaltung von Geberzusagen und Einberufung einer Geberkonferenz für „Bildung für alle“;
7. Verbesserung der Wirksamkeit von Entwicklungshilfe mit einem Schwerpunkt auf Chancengleichheit und auf von Konflikten betroffene Länder;
8. Stärkung des multilateralen Rahmens für Entwicklungshilfe in der Bildung;
9. Integration von durch Nichtregierungsorganisationen durchgeführte Maßnahmen in nationale Bildungssysteme;
10. Ausweitung der Rechte von Marginalisierten durch politische und soziale Mobilisierung.

Konflikt und Vertreibung sind besondere Herausforderungen für Bildung in Afghanistan



Kurzfassung

Eine Publikation der Deutschen UNESCO-Kommission



Deutsche
UNESCO-Kommission e.V.

Ausgeschlossene einbinden

In allen Gesellschaften gibt es von Ausgrenzung aus der Bildung bedrohte Kinder. Auf den ersten Blick scheinen die Leben dieser Kinder meilenweit voneinander entfernt. Die täglichen Erfahrungen von Slumbewohnern in Kenia, von Kindern ethnischer Minderheiten in Vietnam und Romakindern in Ungarn sind sehr unterschiedlich. Doch sie alle haben gemeinsam, dass ihnen Chancen, ihr Potenzial zu entwickeln, ihre Hoffnungen zu verwirklichen und eine bessere Zukunft durch Bildung zu erlangen, vorenthalten sind.

Ein Jahrzehnt ist seit der Verabschiedung der Ziele des Aktionsplans „Bildung für alle“ vergangen. Trotz zahlreicher Fortschritte wird noch immer Millionen Kindern ihr Recht auf Bildung verwehrt. Der Bericht „Ausgeschlossene einbinden“ identifiziert einige der Hauptursachen von Benachteiligung, sowohl innerhalb der Bildung als auch darüber hinaus. Er stellt Beispiele politischer Strategien, Methoden und Projekte vor, die erfolgreich Marginalisierung bekämpfen. Vor dem Hintergrund der weltweiten Wirtschaftskrise ruft der Bericht zu erneuten Finanzierungszusagen von Geber- und Empfängerländern auf, um die Ziele von „Bildung für alle“ bis 2015 zu erreichen.

Diese Publikation ist eine deutsche Kurzfassung des Weltbildungsberichts 2010. Sie ist online verfügbar unter www.unesco.de/efareport.html. Der vollständige Bericht, die Bildungsstatistiken und -indikatoren sowie Ausgaben in anderen Sprachen sind online verfügbar unter www.efareport.unesco.org.

